



Telegraphische Depeschen.

London, 1. August. Hier eingegangene Nachrichten aus Bombay vom 5. v. Mts. melden, daß der Widerstand der Truppen gegen die Regierung im Wachsen begriffen sei. In Serampore rebellirten dieselben, verschanzten sich und wählten Offiziere. Ähnliches geschah in Madras.

Kopenhagen, 31. Juli. Der Großfürst Constantin ist heute Mittag 12 Uhr hier eingetroffen und hat sich in einer königlichen Hofequipe nach dem russischen Gesandtschafts-Hotel begeben, woselbst der Großfürst während seines hiesigen Aufenthalts wohnen wird.

Paris, 1. August. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Turin vom heutigen Tage ist das piemontesische Preßgesetz mittelst Dekret auch auf die Lombardie übertragen worden.

Telegraphische Nachrichten.

Bern, 30. Juli, Abends. Die Bundesversammlung hat das Verbegeh nach dem Antrage der Mehrheit der Kommission angenommen und hat hierauf die Session bis zum Januar vertagt.

Marseille, 29. Juli. Herr v. Lesseps ist heute Morgen hier eingetroffen und reist heute Abend nach Paris. Er hat eine Erklärung veröffentlicht, nach welcher er vor seiner Abreise von Egypten alle Rechte der Aktionäre und die Fortsetzung der Arbeiten auf dem der Gesellschaft überlassenen Terrain sicher gestellt hat. — Auch hört man, daß Oesterreich seine Opposition gegen die Ausführung des Durchstichs der Landenge von Suez aufgegeben hat.

Preußen.

Berlin, 1. August. [Amtliches.] Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: Dem freien Standesherrn Grafen zu Solms-Sonnenwalde den rothen Adlerorden erster Klasse, dem Bürgermeister Staemmler zu Wilsnack im Kreise Westprengn, den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Rektor Decker an der Bürgerschule zu Neustadt bei Magdeburg und dem bei dem Ober-Marstall angestellten Hofwärtler Dittmar zu Berlin das allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Füsiliers-Hauf, genannt Winkler, im 2. Infanterie- (Königs-) Regiment und dem Arbeitsmann Karl Albert Theodor Drechsel zu Berlin die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen, Regent, ist von Babelsberg nach Koblenz abgereist.

Der Berggeschworene Louis Raiffeisen ist zum Berg- und Salinen-Inspektor und der Civil-Anwärter Friedrich Bender zum Schichtmeister und Sekretär bei der Verwaltung des königl. Salzwerks zu Stetten in den hochzollernschen Landen, desgleichen der Bergamts-Kalkulator Friedrich Müller zum Revisor bei dem königl. Bergamte zu Saarbrück ernannt worden.

Der Rechtsanwalt und Notar Pöhl zu Lissa ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Rawitsch, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, versetzt, sowie der bisherige Gerichts-Assessor Matthaei zu Breslau zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Lissa und zugleich zum Notar im Departement des Appellations-Gerichts zu Posen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Lissa, ernannt worden.

Die Wahl des Schulamts-Kandidaten Dr. Wilhelm Wiel zum ordentlichen Lehrer an der Ritter-Akademie zu Bedburg ist genehmigt worden.

Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: Den nachbenannten Offizieren u. d. Erlaubniß zur Anlegung der von des Kaisers von Rußland Majestät ihnen verliehenen Auszeichnungen zu erteilen, und zwar: dem General der Infanterie von Müllendorff des St. Alexander-Newsky-Ordens in Brillanten; dem General-Major Grafen zu Münster-Meinhold, Commandeur der 8. Kavallerie-Brigade des St. Stanislaus-Ordens erster Klasse; dem Obersten zur Disposition von Hanneken zu Brandenburg, zuletzt Commandeur des 6. Kürassier-Regiments (Kaiser Nikolaus I. von Rußland) des St. Vladimir-Ordens dritter Klasse; dem Rittmeister von Bredow, Escadron-Chef im 6. Kürassier-Regiment (Kaiser Nikolaus I. von Rußland) des St. Stanislaus-Ordens zweiter Klasse; dem Premier-Lieutenant von Meyenn in demselben Regiment des St. Annen-Ordens dritter Klasse; dem Wachtmeister Lindstedt in demselben Regiment der goldenen Verdienst-Medaille, so wie dem Sergeanten Belger und dem Gefreiten Mittelbach in demselben Regiment des St. Annen-Ordens fünfter Klasse. (St.-A.)

Berlin, 1. August. [Bom Hofe.] Ihre Majestäten der König und die Königin, die Mitglieder der königlichen Familie, Ihre Durchlaucht die Frau Fürstin von Liegnitz und andere hohe Herrschaften wohnten gestern Vormittag mit den allerhöchsten und höchsten Hofstaaten und mehreren hochgestellten Personen dem Gottesdienste in der Friedenskirche zu Potsdam bei. Nach beendigtem Gottesdienste empfingen der König und die Königin den Besuch Sr. königlichen Hoheit des Prinz-Regenten, welcher sich bei Ihren Majestäten verabschiedete. Um 3 Uhr Nachmittags fand Familientafel im Schlosse Babelsberg statt, bei der die sämtlichen Mitglieder der königlichen Familie erschienen und zu der sich von hier aus auch Ihre königlichen Hoheiten der Prinz Albrecht (Sohn), Prinz Adalbert und Se. Hoheit der Prinz Wilhelm von Baden um 2 Uhr nach Potsdam begaben. Die hohen Herrschaften waren auch auf dem Perron anwesend, als Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent um 7 Uhr von Potsdam aus die Reise nach Gm mit dem Kölner Schnellzuge antrat. In dem hohen Reisegefolge befanden sich der Wirkliche Geheim Rath Maire, die Adjutanten Seiner königlichen Hoheit, v. Alvensleben, v. Bopen, v. Schimmelmann und v. Götz, der Oberst-Lieutenant v. Dewall und der Leibarzt Geheim Rath Kauer. Se. königliche Hoheit der Prinz Adalbert und Se. Hoheit der Prinz Wilhelm von Baden kehrten bereits gestern Abend von Potsdam nach Berlin zurück; Se. königliche Hoheit der Prinz Albrecht (Sohn) traf erst heute früh zu Pferde von dort hier wieder ein.

— Se. Durchlaucht der Prinz Heinrich zu Reuß kehrte am Sonnabend Abend von Dessau nach Berlin zurück. Se. Durchlaucht der Prinz Albert von Altenburg hat sich von dort aus nach Altenburg begeben.

— Der niederländische Gesandte am hiesigen Hofe, Baron Schimmelpenninck v. d. Oye, ist nach längerer Abwesenheit gestern früh aus dem Haag hierher zurückgekehrt.

— Der türkische Gesandte am hiesigen Hofe, Aristarchi Bei, hat sich heut morgen mit seiner Gemahlin nach dem Harz begeben und wird dort einige Tage seinen Aufenthalt nehmen.

— Der russische General-Major und Director des ersten Kadetten-Corps in Moskau, v. Vermantow, ist von St. Petersburg hier angekommen.

— Der Geheime Regierungsrath Dr. Hahn, welcher bereits in den Jahren 1849 und 50 im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, sodann bis 1854 in der Schulabtheilung der königlichen Regierung zu Breslau beschäftigt war, ist gegenwärtig wiederum als Hilfsarbeiter in das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten berufen worden.

Berlin, 31. Juli. [Die Bundesreform-Frage.] Wie man hört, sind die Schritte, welche Oesterreich zur Annäherung an Preußen neuerdings gethan hat, keineswegs in einem Sinne geschehen, der eine Einigkeit beider Mächte in deutschen Angelegenheiten hoffen ließe. Graf Rechberg soll in einer an den Freiherrn von Koller gerichteten und dem Minister von Schleinitz vorgelesenen Depesche allerdings die Nothwendigkeit von Reformen der Bundesgesetzgebung und einzelner Institutionen des Bundes anerkennen, dabei aber Preußen die Verpflichtung aufzuerlegen wollen, seinen Antrag in dieser Richtung bei der Bundesversammlung zu stellen, als nach vorgängiger Verständigung mit Oesterreich und in Gemeinschaft mit dieser Macht. Oesterreich will seinerseits Preußen gegenüber die gleiche Verpflichtung übernehmen. (Bank- u. F.-Z.)

Frankreich.

[Ueber die Entstehung des Friedens von Villafranca.] Einem Briefe aus Paris entnimmt die „Bank- u. F.-Z.“ Nachstehendes, das den räthselhaften Friedensschluß unter Gesichtspunkte bringt, die, so viel wir wissen, neu und allerdings auch geeignet sind, über die Entstehung des Friedens aufzuklären. Der Correspondent schreibt vom 29. Juli: „Selbst die Eingeweihtesten stehen noch immer vor einem Räthsel, dessen Lösung durch jeden scheiternden Versuch, das Dunkel aufzuklären, schwieriger wird. Man begreift wohl, wer die Täuschung hervorgebracht haben kann, allein was man nicht begreift, ist, wie die Täuschung möglich war, wenn anders Oesterreich es seiner Lage nicht entsprechend fand, getäuscht zu werden. Mit einem Worte, man ist jetzt darüber einig, Oesterreich wurde betrogen, weil es betrogen sein wollte; es wollte sich die Lombardie ablassen lassen, da es die Unmöglichkeit erkannte, sie zu behaupten. Die Vortheile dieses Verfahrens liegen auf der Hand. Es konnte zunächst die Vermittelungsmächte für seinen Verlust verantwortlich machen; es lenkte die Aufmerksamkeit seiner Völker und des übrigen mit dem östlichen Kaiserstaate sympathisirenden Deutschlands von dessen eigener Schwäche ab und bezeichnete in seinen Beschuldigungen die Treulosigkeit der Bundesgenossen, den Verrath der Freunde als das Ziel. Darauf war für's Erste Zeit gewonnen. Haß und Abneigung, die ersten Früchte des für Oesterreich und das ihm ergebene Deutschland so compromittirenden Friedens, richteten sich nicht gegen die unerhörte, unverantwortliche militärische Führung. Inzwischen, bis die Angekündigten den Beweis ihrer Unschuld geführt hatten, war die zweite Ernte reif. Frankreich ist in die Schlinge gefallen, die es Oesterreich bereitet zu haben dachte, sobald Oesterreich das letzte Wort zur Aufklärung der Täuschung spricht. Dieses letzte Wort, das hier niger est! wird Napoleon bei den Unterhandlungen über den Congreß und die definitive Ordnung der Angelegenheiten Italiens noch theuer zu bezahlen haben. Man steht schon jetzt, wie Oesterreich dem siegreichen Gegner nicht als der Besiegte gegenüber steht, sondern als derjenige, der die Bedingungen des Friedens innerhalb der vereinbarten weiten Grenzen des Abschlusses zu dictiren hat. Napoleon hat Konzeptionen über Konzeptionen einzuräumen. Er hat die Sympathien Italiens, den Dank Piemonts, selbst die ihm so unschätzbare Anerkennung des Papstes verschert, denn man weiß in Rom, wie in Toscana und Modena, daß Alles, was zur Conservirung des Alten und Bestehenden geschieht wird, nicht dem ältesten Sohn der Christenheit, sondern der hingebenden Treue der apostolischen Majestät zu danken sein wird. Piemont sieht seine Stellung in Italien, die Geltung und Autorität seiner erweiterten Macht im künftigen Staatenbunde der Halbinsel von Oesterreichs Belieben abhängig gemacht. Und alles Das ist Napoleon zu gestatten genöthigt, um den vermeintlich überlisteten Gegner zum Schweigen zu bestimmen. Diese Auffassung des Sachverhältnisses hat seit einigen Tagen eine in der Diplomatie sehr verbreitete Geltung erlangt, und es sprechen sehr viele Umstände, auf welche ich ein andermal zu sprechen komme, für die Berechtigung dieser Combination. Ich will vorläufig nur das Eine erwähnen, daß Oesterreich Garbinis Zusage zur Feststellung der Friedens-Grundlagen noch immer nicht zugestanden hat. Noch steht Napoleon der Sieger mit gefesselter Armen dem vermeintlich Unterworfenen gegenüber, und selbst die für das italienische Arrangement unerlässliche Concession kann er nicht erlangen, den Abschluß des Friedens mit dem eigentlichen Gegner Oesterreichs, als dessen Bundesgenosse Frankreich an dem Kriege nur Theil genommen hat.

Großbritannien.

[Parlaments-Verhandlungen vom 29. Juli. Unterhaus-Sitzung.] In der Morgen-Sitzung werden im Comité die verschiedenen Artikel von Gladstone's Einkommensteuer-Bill angenommen. Am Abend fragt Scully den ersten Lord des Schachses, ob der Souverän der römischen Staaten die Würde eines Präsidenten der verbündeten Staaten Italiens angenommen oder abgelehnt habe, und ob, wenn Erstes der Fall sei, Ihrer Majestät Regierung die Absicht habe, Schritte zu thun, um in direkten diplomatischen Verkehr mit dem römischen Hofe zu treten. Bentinck fragt, ob die

Regierung die Absicht habe, die Flottenrüstungen zu reduciren, und spricht dabei die Ansicht aus, daß in dem angelegentlich Vorhaben des Kaisers der Franzosen, eine Entwaffnung eintreten zu lassen, kein Grund für England liege, seine Vertheidigungs-Anstalten lässiger zu betreiben. Vielmehr sei fortwährendes eifriges Rüsten, sowohl zu Lande, wie zur See, Pflicht der Regierung. Lindsay, Lord Lovaine und Lord Ashley sprechen gegen jede Reduktion der englischen Kriegsschiffe. Als Antwort auf die Frage Scully's bemerkt Lord Palmerston, er sei außer Stande, etwas über die Absichten des Papstes mitzutheilen, da der italienische Bund noch nicht gebildet worden sei, und da die englische Regierung nicht in solchen Beziehungen zum Papste stehe, daß sie Auskunft über dessen Beschlüsse geben könne. Was die Annäherung direkter diplomatischer Beziehungen zu dem römischen Hofe angehe für den Fall, daß der Papst an die Spitze des italienischen Bundes trete, so sehe er gar nicht ein, wie die Bildung eines solchen Bundes etwas damit zu thun haben könne. England würde eben in ähnliche Beziehungen zu dem Organ des italienischen Bundes, wie zu dem Organ des deutschen Bundes, dem Bundesstage, treten. Es werde vielleicht angemessen sein, wenn er bei dieser Gelegenheit auseinandersehe, wie es eigentlich mit den diplomatischen Beziehungen Englands zum Papste stehe. Vor einigen Jahren sei eine Parlaments-Adresse im Unterhause durchgegangen, welche die Königin ermächtigte, in direkten diplomatischen Verkehr mit dem römischen Hofe zu treten. Im Oberhause sei dieser Adresse ein Artikel hinzugefügt worden, welcher dem Beherrscher oder der Beherrscherin Englands verbot, einen Geistlichen als Vertreter des Papstes zu empfangen. Der römische Hof habe diese Bestimmung als ein Hinderniß zur Feststellung diplomatischer Beziehungen zu Großbritannien betrachtet. Er erlaube sich, das Haus daran zu erinnern, daß auch das protestantische Preußen und das nichtkatholische Rußland es abgelehnt hätten, einen Geistlichen als Vertreter des Papstes an ihrem Hofe zu empfangen. Er wisse nicht, ob dies das Ergebnis einer bestimmten gesetzlichen Verfügung sei; jedenfalls aber sei es Brauch in jenen Ländern. Trotzdem jedoch habe der Papst in Rom diplomatische Agenten Preußens und Rußlands empfangen, und er vermöge deshalb nicht zu begreifen, worauf der Unterschied, den er zwischen England einerseits und Preußen und Rußland andererseits mache, beruhe. Es scheine, daß der Papst die Aufhebung der erdachten Aite zur Bedingung der Annäherung diplomatischer Beziehungen mache, mithin von England etwas verlange, was zu gewahren Preußen und Rußland abgelehnt haben. Das sei der gegenwärtige Stand der Dinge. Was die Frage Bentinck's anlange, so komme es dabei auf eine große Menge von Umständen an. Wenn der Interpellant, wie es scheint, die angelegentlichste französische Entwaffnung zur Voraussetzung seiner Frage mache, so würde es überflüssig von der Regierung gehandelt sein, wenn sie Auskunft über das gäbe, was sie in Folge von Dingen, die sich noch gar nicht einmal ereignet hätten, sondern noch im Schooße der Zukunft schlummerten, thun wollte. Er nehme jedoch keinen Anstand, zu erklären, daß es der Regierung unmöglich sein werde, ein auf die Reduktion der Vertheidigungsmittel abzielendes Abkommen zu treffen, was von den Maßregeln einer andern Regierung abhängig sei. Auch müsse das Haus bedenken, daß es noch andere Mächte außer Frankreich gebe, welche im Besitze von Kriegsschiffen seien, und daß die freundschaftlichen Beziehungen Englands zu denselben eine Verringerung erleiden könnten, so daß die Rüstungen Englands zu Wasser und zu Lande nicht von der Haltung einer bestimmten einzelnen Macht abhingen, sondern die Regierung sich jeden Tag veranlaßt fühlen könnte, die verschiedenen Interessen des Landes zu schützen. So's man macht auf den mangelhaften Zustand der Vertheidigungs-Anstalten Englands, auf die für dieselben verausgabten Gelder und auf die Zeit aufmerksam, die man zu ihrer Vervollendung braucht, wenn man in der bisherigen langamen Weise vorwärts schreite. Wenn diese Arbeiten überhaupt ausgeführt werden sollten, so müsse es auch recht schnell geschehen; man dürfe mit dem Gelde nicht knausern und dasselbe tropfenweise ausgeben, sondern müsse die erforderliche Summe sofort aufbringen. Er stelle folgenden Antrag: „Die Ausgaben zur Vervollendung der projektierten oder bereits in Angriff genommenen Vertheidigungswerke sind durch einen besonders zu diesem Zwecke und unabhängig von den jährlich vom Parlament votirten Summen aufzubringenden Fonds zu bestreiten“. Es sei durchaus nothwendig, die Rüstungen zu Wasser und zu Lande so eilig und rasch zu betreiben, wie möglich, da ein Krieg mit Frankreich denkbar sei. Der Kaiser der Franzosen zeige durch seine Rüstungen, welche auf ein tiefes Unternehmern gegen irgend eine große Seemacht deuteten, daß er andie Möglichkeit eines solchen Krieges glaube. Die Wehrkraft Frankreichs stehe eben so sehr über den Anforderungen des Friedensschlusses, wie die Englands darunter stehe, und, was auch immer ein fremder Staat thun möge, es gebe ein Minimum der Macht, unter welches England nie herabsinken dürfe, und die Vertheidigungsmittel des Landes müßten mindestens bis auf jenes Minimum erhoben werden. Der Kriegs-Minister, Sidney Herbert, räumt ein, daß es nothwendig sei, die großen Arsenale Englands, in welchen die reproduktive Kraft für Heer und Flotte wohne, in gehörigen Vertheidigungsstand zu setzen. Zugleich gibt er zu, daß einige derselben nur schlecht geschützt seien. Der kürzlich vom Hause eingeführte Ausschuß befaßte sich mit diesem Gegenstande, und ehe derselbe seine Arbeiten beendet habe, könne die Regierung keine Geldbewilligung vom Parlament begehren. Er vertheidigt außerdem, sämtliche englische Kriegsschiffe würden demnachst gezogene Kanonen erhalten. Sir C. Napier hebt die mangelhafte Bemannung der Kriegsschiffe hervor. Cobden weist auf die für Heer und Flotte votirten ungeheuren Summen hin. Trotzdem, bemerkt er, behaupte Horsman, es sei noch nicht einmal das erforderliche Minimum der Wehrkraft erreicht. Die englische Kriegsschiffe sei von 1852—1858 um 285, die französischen nur um 28 Schiffe vermehrt worden. Die Vorbereitungen zu einem Kriege mit Frankreich seien eine schmachliche Politik, da der Mund der englischen Minister von Aeußerungen des Vertrauens, ja, selbst der Schmeichelei, gegen den Herrscher Frankreichs überfließen. Zu der Annahme, daß der Kaiser der Franzosen oder das französische Volk irgendwie den Plan im Schilde führten, Krieg mit England anzufangen, sei nicht der geringste Grund vorhanden. Es liege allerdings in der Natur der Dinge, wenn England eine größere Flotte unterhalte, als Frankreich. Etwa ein Drittel mehr, das sei das richtige Verhältniß. Frankreich aber sei es auch niemals eingefallen, sich zur See mit England messen zu wollen. Er glaube, die Sache lasse sich durch freundschaftliche Erklärungen in Ordnung bringen. Wenn nach solchen Erklärungen Frankreich darauf beharre, den Nebenbuhler Englands zur See spielen zu wollen, so habe er nichts dagegen, ein höheres Flotten-Budget zu votiren. Doch möge man um's Himmels Willen das Volk auch nicht einen Augenblick länger belästigen, als unumgänglich nothwendig sei. Sir J. Pakington meint, der Vornehmer habe die Stärke der englischen Flotte in Vergleich mit der französischen überschätzt, indem er bei Aufzählung der englischen Schiffe die 160 sehr kleinen Kanonenboote mitgerechnet habe. Er könne der Regierung seine Ansicht nicht verhehlen, daß sich im nächsten Jahre eine Erhöhung des Flotten-Budgets als nothwendig herausstellen werde. — Lord G. Paget bemerkt, Frankreich habe 32 und England (mit Einschluß von neun Blockschiffen) 35 Linien-Schiffe für den aktiven Dienst ausgerüstet. Damit sei das von Cobden als wünschenswerth bezeichnete Verhältniß noch nicht erreicht. Auch müsse man bedenken, daß es außer Frankreich noch eine andere Nation gebe, welche ihre Flotte vergrößere, nämlich Rußland, das jetzt 8 Schrauben-Linien-Schiffe, 6 Schrauben-Fregatten und 9 Raddampfer-Fregatten habe. Bentinck und Newdegate sprechen für Horsman's Antrag. Lord Palmerston meint, Horsman werde wohl seinen Hauptzweck, den nämlich, dem Hause die Nothwendigkeit an's Herz zu legen, die Befestigungsarbeiten der Arsenale und Schiffswerke zu vollenden, erreicht haben. In diesen Vertheidigungs-Maßregeln gebe sich durchaus nicht der Wunsch kund, irgend einer fremden Macht Aergerniß zu geben. Man lasse sich eben von dem ganz gewöhnlichen Grundsatze leiten, daß ein Volk, welches den Frieden wünsche, im Stande sein müsse, sich gegen einen plötzlichen Angriff zu vertheidigen. Er hoffe, das Horsman nicht auf einer Abstimmung bestehen werde. Horsman besteht jedoch darauf, und sein Antrag wird mit 167 gegen 70 Stimmen verworfen.

